

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 05.12.2018
Antragsnr.: 201/2018
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: III/11

erlanger linke
Stadtratsgruppe für soziale Politik

Erlangen, den 5.12.18

**Sinnvoller neuer Referatszuschnitt statt Zerschlagung des Umweltreferates
Änderungsantrag zu TOP 11 im Stadtrat am 6.12.18**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Wir stellen den Antrag:

A) Die Referate werden wie folgt neu gegliedert:

1. Es wird ein neues Referat I/R - Recht und Bürgerservice gebildet, geleitet durch ein/E weiterE BürgermeisterIn (BM IV)
2. Amt 30(Recht) und 33(Bürgeramt) kommen zu Referat I/R (NN)
3. Amt 41 (Soziokultur) kommt zu Referat IV (Steinert-Neuwirth)
4. Amt 52 (Sport) kommt zu Referat VI V (Dr. Preuß)
5. Die BürgermeisterInnenstellen BM II (Lender-Cassens) und BM IV (NN) werden zu drei-Viertel Stellen.

B) Wird die Neugliederung abgelehnt, beantragen wir:

1. Die Ämter 30(Recht) und 33(Bürgeramt) kommen zu Referat I (Lender-Cassens)
2. Amt 41 (Soziokultur) und Amt 52 (Sport) wie unter A.

Begründung:

Zu A: Durch den Verwaltungsvorschlag wird das Umweltreferat faktisch zerschlagen – das lehnen wir ab. Die Einrichtung des Umweltamtes und die Bündelung der zur Umwelt gehörenden Ämter in ein Referat gehört zu den Errungenschaften der rot-grünen Koalition der Jahre 1984-86.

Die Bitte von Frau Lender-Cassens, von Aufgaben entlastet zu werden, zeigt für uns, dass das „Einsparen“ von Referaten nicht funktioniert, insbesondere, wenn die Mehrarbeit teilweise von weiteren BürgermeisterInnen (die deutlich weniger verdienen, als ReferentInnen) geleistet werden soll. Erlangen hatte in den 80er Jahren 7 Referate und ein Koreferat. Nun sind es noch 4 Referate und 2 BürgermeisterInnen. Nürnberg leistet sich 7 Referate plus 2 weitere Bürgermeister. Es gibt im Stadtrat Juristen, bei denen wir die bürgerrechtlich sensiblen Bereiche Recht und Ordnung in guten Händen sehen. Unser Vorschlag ist auch relativ billig, er umfasst netto nur eine halbe Bürgermeisterstelle.

B: Kann sofort beschlossen werden, da keinE weiterE BürgermeisterIn zu wählen wäre. Frau Lender-Cassens würde entlastet.

Wir gehen davon aus, dass die Leitung der Ämter für Recht und Bürgerservice durch die „grüne“ Bürgermeisterin gut für die BürgerInnenrechte wäre.

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann (Stadtrat)

Anton Salzbrunn (Stadtrat)